

Published: 2025-02-14

Defektenliste Marktwirtschaft NZZ



von Dr. René Höltschi NZZ 14.2.2025

Mehr Markt wagen: Wie Deutschlands Wirtschaft wieder auf die Beine kommt

Wirtschaftliche Stagnation lähmt Deutschland seit Jahren. Mit einem beherzten Reformpaket könnte die nächste Regierung das Ruder herum reissen. Dazu braucht es mehr Vertrauen in die Marktkräfte und weniger Vollkasko-Mentalität.

«Wegen der hohen Investitionen in den Klimaschutz wird Deutschland für einige Zeit Wachstumsraten erzielen können, wie zuletzt in den 1950er und 1960er Jahren geschehen»: Mit diesem Satz hat Olaf Scholz, deutscher Bundeskanzler und erneut Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten, im März 2023 in einem Interview nichts Geringeres als ein neues Wirtschaftswunder in Aussicht gestellt.

Die Ausgangslage

Der Satz war schon damals töricht. Heute bezweifelt niemand mehr, dass Deutschland mitten in einer Stagnation steckt. Laut jüngsten Daten des Statistischen Bundesamts lag die Wirtschaftsleistung gemessen am Bruttoinlandprodukt (BIP) im vierten Quartal 2024 preisbereinigt leicht unter dem Wert des vierten Quartals 2019, dem letzten Vierteljahr vor Ausbruch der Corona-Pandemie. Per saldo stagniert das BIP somit seit fünf Jahren, während es in den zehn Jahren zuvor, seit der Finanzkrise, ziemlich kontinuierlich gewachsen ist.

Damit hinkt Deutschland den anderen grossen Industriestaaten hinterher. Das hat auch konjunkturelle Ursachen, vor allem aber ist es Ausdruck einer strukturellen Wachstumsschwäche. Überspitzt ausgedrückt: Das alte «Geschäftsmodell», das auf billigem Pipeline-Gas aus Russland und hohen Exporten beruht hat, funktioniert nicht mehr.

China ist zu einem ernsthaften Konkurrenten bei Produkten wie Autos, Maschinen und Chemikalien geworden, die zu den wichtigsten deutschen Exportgütern gehörten. Hohe Energiekosten beeinträchtigen die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Demografie, Dekarbonisierung und drohende Handelskriege kommen hinzu.

Das alles trifft ein Land, das zwischen Finanzkrise und Pandemie träge geworden ist. Politik, Bürger und Unternehmen ernteten die Früchte des langen Aufschwungs, vernachlässigten aber das Säen. Infrastrukturen wie die Bahn verlotterten, auf Reformen verzichtete man oder drehte sie zurück, die Entwicklung von E-Autos oder digitalen Geschäftsmodellen überliess man viel zu lange ändern.

Strukturwandel zulassen

Will Deutschland wieder wachsen, ist ein tiefgreifender Strukturwandel unausweichlich. Mittelständische «hidden champions», innovative Startups, wachsende Branchen wie IT, Biotechnologie oder Robotik müssen künftig die

Rückgänge im Automobilbau und in energieintensiven Industrien wie Stahl und Chemie überkompensieren.

Was kann eine nächste Regierung nach der Bundestagswahl dazu beitragen, wie sähe ein liberales Wirtschaftsprogramm aus? Wichtig ist zunächst, was sie nicht tun sollte: Sie darf den Strukturwandel weder mit Subventionen und Rettungsaktionen à la Meyer-Werft weiter verzögern noch mit selektiven Beihilfen für einzelne Unternehmen à la Intel zu steuern versuchen. Ersteres schiebt das Unvermeidliche nur auf, Letzteres riskiert teure Flops, beides verbrennt knappes Steuergeld.

Stattdessen sollte die Politik das Rennen um die besten Lösungen den Unternehmen und die Auswahl der Sieger dem Markt überlassen. Ihre eigene Rolle liegt darin, für diese Suche Leitplanken mit genügend Freiraum zu setzen, den Wandel mit guten Rahmenbedingungen zu unterstützen und ihn mit gezielter Sozialpolitik abzufedern. Daraus folgt Handlungsbedarf vor allem in sechs Feldern.

Erstens: Bürokratie

Im Gespräch mit Unternehmern und in Umfragen werden als wichtigste Hindernisse für unternehmerisches Handeln seit einiger Zeit fast immer überbordende Regulierung, uferlose Berichtspflichten und endlose Genehmigungsverfahren genannt. Nachdem eine Reihe von «Bürokratieentlastungsgesetzen» nur punktuelle Erleichterungen gebracht haben, tut ein radikaleres Vorgehen not, ergänzt um eine konsequente Digitalisierung der Verwaltung.

Manche Regularien könnten ersatzlos gestrichen werden, andere sollten von Grund auf neu gedacht werden. Kandidaten sind zum Beispiel das Lieferkettengesetz und die Nachhaltigkeitsberichterstattung, die enorme Ressourcen unproduktiv binden.

Radikal entschlackt werden müssten das Miet- und das Baurecht. Detailverliebte Bauvorschriften und eine rigide Regulierung von Bestandsmieten haben dazu beigetragen, dass viel zu wenig Mietwohnungen gebaut werden – weil es sich nicht mehr lohnt. Das ist nicht nur ein soziales, sondern auch ein wirtschaftliches Problem: In einer dynamischen Wirtschaft müssen Menschen den Arbeitsplatz wechseln und dafür auch umziehen können.

Zweitens: Staatshaushalt

Deutschland hat massiven Nachholbedarf im Bereich Infrastrukturinvestitionen und Verteidigung, auch für Bildung und Forschung wären mehr Mittel nötig. Doch woher kommt das Geld? Bei der Belastung von Bürgern und Unternehmen mit Steuern und Abgaben zählt die Bundesrepublik in internationalen Vergleichen schon jetzt zur Spitzengruppe. Das ist ein wichtiger Standortnachteil, weshalb die Belastung nicht erhöht, sondern gesenkt werden muss.

Deshalb führt kein Weg an einer Umschichtung von Mitteln und einer Priorisierung von Aufgaben vorbei. Erhebliche Einsparungen ergäbe bereits ein beherztes Zusammenspiel zwischen Bürokratieabbau und Reduktion der Subventionen, die seit 2014 massiv gestiegen sind. Unternehmen und Bürger brauchen mehr Freiraum, müssen aber im Gegenzug mehr Eigenverantwortung übernehmen, statt bei jeder Unbill nach dem Staat zu rufen. Weiteres Potenzial bieten Sozial- und Klimapolitik.

Eine Lockerung oder Umgehung der Schuldenbremse hingegen wäre kontraproduktiv: Sie ist das wirksamste Instrument, um die Priorisierung zu erzwingen und überbordende Begehrlichkeiten abzuwehren. Für konjunkturelle Schwankungen und Notlagen bietet sie genügend Spielraum bzw. Ausnahmen, alles andere sollte nicht auf Kosten künftiger Generationen mit Schulden finanziert werden.

Massnahmen wie der Subventionsabbau können nur schrittweise umgesetzt werden, die Wachstumseffekte des hier skizzierten Reformpakets werden erst über die Zeit einsetzen. Deshalb können auch Steuersenkungen, so nötig sie sind, nur schrittweise erfolgen. Doch schon die verbindliche Festlegung auf einen solchen Pfad könnte die Stimmung aufhellen. Dabei sollte die Politik auf eine generelle Entlastung aller setzen, statt mit Mehrwertsteuersenkungen für einzelne Branchen, Investitionsprämien oder Privilegien für Agrardiesel erneut die Wirtschaft zu steuern versuchen.

Drittens: Arbeit

Wer im internationalen Wettbewerb zurückfällt, muss mehr leisten. Zwar ist unbestritten, dass es gerade in einer Phase des beschleunigten Strukturwandels ein soziales Sicherheitsnetz braucht in Form von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe (Bürgergeld). Dieses muss aber zugleich genügend Arbeitsanreize setzen.

Das ist derzeit nicht der Fall. Dabei geht es nicht nur um das Bürgergeld, sondern um ein komplexes Geflecht von Transferleistungen, einschliesslich Wohngeld und Kinderzuschlägen.

Eine Studie des Ifo-Instituts hat dies illustriert: Nimmt zum Beispiel ein alleinstehender Bürgergeld-Empfänger (dem wie allen Bezüglern auch Miete und Heizkosten abgenommen wurden) in einer Stadt mit hohen Mieten eine Arbeit mit einem Bruttomonatslohn von 2000 Euro auf, bleiben ihm nach Abzug von Miet- und Heizkosten netto nur 348 Euro mehr als ohne Arbeit. Erhöht ein Doppelverdiener-Paar mit zwei Kindern und hoher Miete, das mit Teilzeitjobs 3000 Euro verdient, sein Monatseinkommen durch mehr Arbeit auf brutto 5000 Euro, verbessert es sein verfügbares Einkommen netto um nur 75 Euro.

Das ist Gift für den Arbeitsanreiz und die Folge eines nicht aufeinander abgestimmten Zusammenspiels von wegfallendem Transfer und einsetzenden Steuern und Abgaben. Wer mehr Menschen in Arbeit bringen und damit die Sozialwerke entlasten sowie die Beschäftigung erhöhen will, muss zuvorderst hier ansetzen, im Übergangsbereich zwischen Bürgergeld- und Niedriglohneempfängern. Es braucht aber auch genügend Kitas, ein flexibleres Arbeitsrecht, Bildung und Weiterbildung, eine gesteuerte Zuwanderung von Arbeitskräften und eine bessere Integration von Migrantinnen in den Arbeitsmarkt.

Viertens: Rente

Mindestens so dringender Handlungsbedarf besteht bei der Altersvorsorge sowie der Kranken- und Pflegeversicherung. Schon jetzt benötigt die gesetzliche Rentenversicherung Jahr für Jahr über 100 Milliarden Euro an Zuschüssen aus dem

Bundeshaushalt, weil die Beiträge der Aktiven zur Finanzierung der Renten wegen der demografischen Entwicklung immer weniger ausreichen.

Die Ökonomie ist sich weitgehend einig: Zentrales Element einer echten Reform ist die Bindung des gesetzlichen Renteneintrittsalters an die durchschnittliche Lebenserwartung, ergänzt durch Anreize für freiwilliges längeres Arbeiten. Weitere Stichworte sind: Bindung der Rentenanpassungen an die Inflation statt an die Lohnentwicklung, Ergänzung der gesetzlichen Rente durch eine zweite Säule nach dem Kapitaldeckungsverfahren, Förderung der privaten Vorsorge.

Fünftens: Klimaschutz

Ging es beim von Scholz zitierten Wirtschaftswunder um den Wiederaufbau nach dem Krieg, geht es beim Klimaschutz um einen Umbau: Zwar entstehen neue Märkte und Verfahren, aber es werden auch alte vernichtet. Dekarbonisierung bleibt trotzdem nötig, aber sie muss so «wirtschaftsschonend» wie möglich erfolgen.

Der Königsweg dafür ist der EU-Emissionshandel als marktwirtschaftliches, technologieoffenes Steuerungsinstrument, das CO₂-Emissionen deckelt und mit handelbaren Zertifikaten bepreist. Setzen Berlin und Brüssel auf eine konsequente Anwendung, können sie auf eine Vielzahl bestehender Gebote, Verbote und Subventionen verzichten, ohne das klimapolitische Ziel zu gefährden.

Zur sozialen Abfederung der steigenden CO₂-Preise sollten die Einnahmen als Klimageld an die Bevölkerung zurückgegeben werden. Und da es ein EU-weites System ist, bringt es dem Klima wenig, wenn Deutschland die Klimaneutralität fünf Jahre früher anstrebt, als das die EU als Ganzes tut. Ergänzt werden muss eine marktwirtschaftliche Klimapolitik mit Massnahmen zur Energieversorgung, mit denen sich ein separater Beitrag dieser Serie beschäftigen wird.

Sechstens: Europa

Die EU ist in vielen genannten Bereichen entweder Teil des Problems, beispielsweise als Quelle von Bürokratie, oder Teil der Lösung (Binnenmarkt, Freihandelsverträge und Kapitalmarktunion als Wachstumstreiber). Beides kann Deutschland als grösster und stimmenstärkster Mitgliedstaat erheblich beeinflussen.

Dazu muss es sich allerdings einbringen. In der Vergangenheit hat es sich bei wichtigen Abstimmungen im Ministerrat allzu oft enthalten, weil sich die Koalitionspartner der «Ampel» und ihrer Vorgänger nicht einig waren. Umgekehrt politisiert die Berliner Blase häufig, als gäbe es keine EU. Ein Beispiel ist der Beschluss eines nationalen Lieferkettengesetzes zu einem Zeitpunkt, als längst an einer EU-Version gearbeitet wurde.

Aus beiden Gründen kann die nächste Regierung den Standort auch dadurch stärken, dass sie die EU stets mitdenkt. Ähnlich wie der Bürokratieabbau ist das eine Querschnittsaufgabe. Vielleicht hilft es, beides auf hoher Ebene im Kanzleramt anzusiedeln.

Reförmchen reichen nicht

Will die neue Bundesregierung eine nachhaltige Wende, werden punktuelle Massnahmen nicht ausreichen. Nötig ist ein aufeinander abgestimmtes Gesamtpaket, dessen Massnahmen sich gegenseitig befruchten. Das hat zudem den Vorteil, dass sich Lasten und Gewinne breiter verteilen.

Je schneller ein solches Paket geschnürt wird, desto besser. Je länger es dauert, desto besser können sich Bedenkenräger und Subventionsjäger in Abwehrstellung bringen. Wird es hingegen klug konzipiert, rasch eingeleitet und überzeugend kommuniziert, kann es Aufbruchstimmung verbreiten. Dazu braucht es aber Ehrlichkeit statt weitere unrealistische Versprechen. Jede «Wirtschaftswende» ist zunächst anstrengend. Wunder sind nicht im Angebot.